NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

August 2017

www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser des Netz-Telegramms,

das Netz-Papier "Das 'Ganze' verändern" geht dieses Jahr auf die Zielgrade und soll im kommenden Jahr mit allen interessierten Netzmitgliedern und 'Gruppen sowie allen an Gesellschaftskritik Interessierten diskutiert werden. Seine Inhalte können bereits bei einer Rückschau auf die letzten Netz-Jahre anlässlich seines 25jährigen Jubiläums bei der Netzversammlung im November reflektiert werden (s. Termine).

In diesem Netztelegramm wird der Schwerpunkt nun nicht wie angekündigt erneut bei der Theologie liegen. Die zur vorletzten Netzversammlung gehörigen Ausführungen sowie weitere für die letzten Jahre wichtige Texte werden in einer "Jubiläumsausgabe" des Netztelegramms im kommenden Jahr erscheinen.

Das Ökumenische Netz steht dafür, dass es kritische Gesellschaftstheorie mit seiner Verwurzelung in der jüdischchristlichen Tradition sowie dem konkreten Leid von Menschen vermittelt. Dabei waren in den letzten Jahren vor allem China, aber auch Indien im Fokus. In dieser Ausgabe sollen nun die Entwicklungen in diesen beiden Ländern weiterverfolgt, also aktuelle soziale und polit-ökonomische Zustände dargestellt werden. Die empirischen Entwicklungen, z.T. vermittelt mit der Totalität der Gesellschaftsformation, erläutert der freie Publizist Tomasz Konicz. Theologische Reflexion soll aber im Netz nicht fehlen: Diese Ausgabe beinhaltet daher eine Predigt von Paul Freialdenhoven zum Johannesevan-

Eine gute Lektüre verbunden mit vielen Grüßen wünscht Ihnen und Euch

Do-Mic

Vereint in der Krise

China wird die USA nicht als künftige Führungsmacht des kapitalistischen Weltsystems beerben können

TOMASZ KONICZ

Anfang dieses Jahres schien sich ein Wachwechsel an der Spitze des kapitalistischen Weltsystems anzudeuten. Während die USA als die alte, abgetakelte Hegemonialmacht unter dem egomanischen Rechtspopulisten Donald Trump ihren imperialen Abstieg in Isolationismus und Xenophobie fortsetzten, ergriffen Funktionseliten der Volksrepublik China Partei für Globalisierung und Freihandel. Es klinge zwar wie "ein Treppenwitz", aber Chinas Präsident Xi Jinping werde auf dem alljährlichen Elitentreffen in Davos "die Vorteile der wirtschaftlichen Globalisierung preisen", während Trump eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen wolle, kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) Mitte Januar ("China für Globalisierung - Trump für Mauer").

Gegenüber dem US-Fernsehsender CNBC sprachen sich chinesische Regierungsvertreter für eine "einschließende Glo-

balisierung" aus, um zugleich vor Protektionismus und Populismus zu warnen, die zu "Krieg und Armut" führen würden. Die Stuttgarter Nachrichten sahen in Xi nach seiner Rede in Davos der die globale Wirtschaft als einen Ozean, dem man nicht entkommen könne, bezeichnete – gar einen "Botschafter der Globalisierung". Nach dem "amerikanischen" 20. Jahrhundert erweckten somit diese Vorgänge den Anschein, als ob das 21. Jahrhundert ein "chinesisches" werden könne, in dem die "Volksrepublik" zum zentralen Motor der Globalisierung und zur neuen Hegemonialmacht des kapitalistischen Weltsystems aufsteigen würde.

Das kurzfristige positive Echo, das diese chinesischen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit der exportabhängigen Bundesrepublik hervorriefen, beruhten indes größtenteils auf Wunschdenken: auf dem Wunsch, der durch exzessive Handelsü-



to: Fritz Hofmann



berschüsse generierte deutsche Schuldenexport könne in alle Ewigkeit fortgesetzt werden. Die Neue Züricher Zeitung machte Ende Januar klar ("China ohne Illusionen"), dass auch in der chinesischen Werkstatt der Welt zunehmend protektionistische Tendenzen um sich griffen, die die liberalen Sonntagsreden der Parteioberen konterkarierten: "Xi Jinping hat sich, nicht anders als Trump mit den USA, seit dem Beginn seiner Amtszeit auf «China first» als Kern seiner Politik festgelegt."

Auch die Wirtschaftswoche (WiWo) musste Ende Januar auf ihrer Internetpräsenz konstatieren, dass die "goldenen Jahre" in China für Deutschlands Exportwirtschaft vorbei seien. WiWo jammerte über sinkende Umsätze beim deutschen China-Geschäft und eine "schwächelnde Konjunktur" im Reich der Mitte, die durch "gigantische, staatlich finanzierte Infrastrukturprojekte" sowie den im Spekulationsfeuer verfangenen Immobilienmarkt notdürftig gestützt werde. Die nachlassende konjunkturelle Dynamik führe zu einer Verschärfung der Konkurrenz, die auch mit "unlauteren Mitteln" geführt werde: durch zunehmenden Technologietransfer, massive Hackerangriffe, die unter deutschen Verbrennungsaposteln verhasste chinesische Elektroauto-Quote und die gezielte Vergabe von Regierungsaufträgen an chinesische Unternehmen. Zudem hätten die strengen Kapitalverkehrskontrollen "wenig mit Freihandel" zu tun, klagte WiWo: "Ausländische Unternehmen haben zunehmend Probleme, Gewinne von China in die Heimat zu transferieren."

Diese Abschottungstendenzen sind aber nicht irgendeinem "bösen Willen" der chinesischen Parteikaste geschuldet, sondern der krisenbedingten Unmöglichkeit der Volksrepublik, in die imperialen Fußstapfen der USA zu treten. China ist kein alternatives Modell, sondern Teil des erodierenden kapitalistischen Weltsystems – und muss sich aufgrund zunehmender ökonomischer Verwerfungen abschotten. Die Vereinigten Staaten steigen als imperialer Hegemon ab, doch zugleich kann China die USA nicht beerben.

Und täglich grüßt die Verschuldung

Die Volksrepublik erinnert in gewisser Weise an die Vereinigten Staaten vor dem großen Immobiliencrash: Sie hat mit den Folgen einer rasch expandierenden Verschuldungsdynamik sowie den heiß gelaufenen Spekulationsblasen auf den chinesischen Immobilien- und Aktienmärkten zu kämpfen. Diese Blasenbildung wird durch massive Liquiditätsspritzen aufrecht gehalten. Das Reich der Mitte ist inzwischen nicht mehr der größte Auslandsschuldner der Vereinigten Staaten, da Japan nun diese Position übernommen hat. Die in US-Dollar angelegten Währungsreserven der Volksrepublik schwinden rapide, weil die Führung der Volksrepublik seit Monaten verzweifelt bemüht ist, die überhitzten Aktien- und Wertpapiermärkte des Landes zu stabilisieren – und gegen zunehmende Kapitalabflüsse vorzugehen. Allein binnen der vergangenen zwei Jahre sind die Währungsreserven Chinas von rund 4 Billionen US-Dollar auf ca. 3 Billionen zusammengeschmolzen.1

Peking hat die Kapitalverkehrskontrollen einführen müssen, um der zunehmenden Kapitalflucht zu begegnen, da viele ChinesInnen dem Dauerboom in der Volksrepublik nicht mehr trauen. Das niedrige Zinsniveau in Chi-

na, das die Konjunktur zusätzlich beleben soll, gerät somit mit der Zinswende in den USA in Konflikt – auf der geldpolitischen Ebene tobt somit längst ein Währungskrieg zwischen Peking und Washington. Die chinesische Geldpolitik ist bemüht, durch die niedrigen Zinsen und die berüchtigten quantitativen Lockerungen die Wirtschaft des Landes zu stützen. Die damit einhergehende Niedrigzinspolitik in China wird von der jüngst eingeleiteten Zinswende der Fed konterkariert: Das höhere Zinsniveau in den USA verstärkt die Tendenzen zur Kapitalflucht in China.

Die chinesische Geldpolitik ist durch die voll eingeleitete Zinswende der USA in eine Sackgasse geführt worden. Die höheren Zinsen in den USA nötigten Peking eigentlich dazu, ebenfalls nachzuziehen, doch zugleich müsste China seine expansive Geldpolitik fortsetzen und das Zinsniveau möglichst niedrig halten, um die Wirtschaft weiter zu stützen. Weitere Währungsabwertungen könnten die Kapitalflucht aus China verstärken, Währungsaufwertungen und Zinserhöhungen bedrohen hingegen die Konjunktur.

Die chinesische Angst vor der Währungsabwertung resultiert vor allem aus der Transformation der chinesischen Wirtschaft nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, als die extremen Überschüsse der Werkbank der Welt sukzessive abgebaut wurden, um einem investitions- und kreditgetriebenen Konjunkturmodell Platz zu machen, in dessen Gefolge sich die besagten Spekulationsblasen ausbilden, wie es noch weiter unten ausgeführt werden wird. Die hohe Schuldenlast. unter der inzwischen China leidet, verleitet immer mehr "Investoren" oder Mitglieder der chinesischen Mittelklasse dazu, ihr Erspartes in der Weltleitwährung US-Dollar zu bunkern, um so dem abwertungsbedingt drohenden Wertverlust vorzubeugen.

Chinas Wachstum war aber schon seit dem Beginn der kapitalistischen Modernisierung des Landes auf Verschuldung angewiesen nur wurde es zunächst exportiert. Dies geschah vermittels der gigantischen Handelsüberschüsse der Volksrepublik. Irgendwer musste ja die Waren aufkaufen, die Chinas ArbeiterInnen produzierten, ohne sie selber konsumieren zu können. Das war nur möglich, weil sich die Zielländer der Exporte selber verschuldeten (das verhält sich übrigens im Fall des Exportüberschussweltmeisters Deutschland genauso). Diese Exportüberschüsse Chinas gipfelten in einem gigantischen Leistungsbilanzüberschuss, der 2007 den Spitzenwert von 10 Prozent des chinesischen BIP überschritt. Ermöglicht wurde dies durch die Verschuldungs- und Spekulationsdynamik in den USA und Europa (die in der Aufstiegsphase der Immobilienblasen in kreditgetrieben Defizitkonjunkturen verfangen waren), die China die Ausbildung der enormen Handelsüberschüsse und die Anhäufung der riesigen, jetzt dahinschmelzenden Devisenreserven ermöglichte. Bis zum Krisenausbruch 2008 beruhte das stürmische Wachstum der Volksrepublik somit auf der Exportindustrie, die von einem Millionenheer billiger und immer besser ausgebildeter ArbeiterInnen versorgt wurde.

Die enormen Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse Chinas bildeten somit bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die mit Abstand wichtigste Konjunkturstütze und die Quelle der gigantischen chinesischen Devisenreserven. Nach dem Platzen der Blasen in den USA und Teilen Europas – und dem Einbruch der chinesischen Handelsüberschüsse, die inzwischen niedriger sind als diejenigen Deutschlands - verlagerte China im Gefolge der gigantischen Konjunkturprogramme die Verschuldungsdynamik ins Binnenland. In Reaktion auf das Platzen der Blasen in den Absatzmärkten der chinesischen Exportindustrie initiierte Peking somit seine eigene Verschuldungsdynamik, die zum Wachstumsmotor wurde.

Die Anfänge der gigantischen chinesischen Defizitkonjunktur können relativ genau datiert werden: China legte ab 2008 das in Relation zur Wirtschaftsleistung weltweit größte Investitionsprogramm auf (es umfasste rund zwölf Prozent des damaligen BIP!); es wurde zum Ausgangspunkt der derzeitigen Schuldenblase. Seit 2008 ist die chinesische Konjunktur nicht mehr export-, sondern kreditund investitionsgetrieben, während der Binnenkonsum weiterhin keine zentrale Rolle spielt. Das Land wurde mit Infrastrukturprojekten überzogen und mit Geisterstädten gepflastert, deren Wohneinheiten auch Jahre nach ihrer Fertigstellung leerstehen - weil sie als Spekulationsobjekte dienen oder schlicht keine KäuferInnen finden. Ein Großteil des chinesischen Kreditwachstums ist überdies auf den Schattenbankensektor zurückzuführen, in dem diverse Finanzakteure unreguliert Darlehen zu erhöhten Zinssätzen an KreditnehmerInnen vergeben, die im regulären Bankgeschäft keinen Kredit erhalten würden. Diese Schattenbanken spielten vor 2008 keine nennenswerte Rolle. Niemand weiß genau, welche Ausmaße dieser Schattenbankensektor - der mit dem offiziellen Bankensektor eng verflochten ist - angenommen hat. Unterschiedliche Schätzungen schwanken zwischen einem Marktvolumen von umgerechnet 2,5 bis 4,4 Billionen Euro.

Dieses "explosive Wachstum" des Immobiliensektors und der Infrastruktur, wie auch der hierfür produzierenden Industriesektoren, bildete den wichtigsten Motor der chinesischen Konjunktur ab 2008. Die Werkder Welt. deren rasantes Wirtschaftswachstum jahrzehntelang durch den Exportsektor befeuert wurde, bildete somit die besagte halsbrecherische Verschuldungsdynamik aus - die aber zunehmend instabil wird. Die Zahlen sind eindeutig: Die Gesamtverschuldung der Volksrepublik (Staat, Finanz-, Industrie- und Privatsektor) lag 2008 bei 153 Prozent des BIP, Ende 2015 waren es schon 282 Prozent. Selbstverständlich ist der Privatsektor für einen Großteil dieses Schuldenbergs verantwortlich, während der Staat kaum verschuldet ist. Doch dies war auch in Spanien oder Irland vor dem Krisenausbruch der Fall. Das Wachstum der Schulden übertraf dasjenige des BIP durchschnittlich um acht Prozent; dies liege "weit jenseits des Punktes, der für eine jede Ökonomie effizient wäre", bemerkte die Financial Times 2015. Zum Vergleich sei hier angemerkt, dass die Schuldenblase in den USA bei einer Gesamtverschuldung von 360 Prozent des BIP zusammenbrach, als die US-Immobilienblase ab 2007 platzte.

Die Verlangsamung des Wachstums in China ging zudem mit sinkenden Immobilienpreisen einher, was den spekulativ überhitzten Wohnungsmarkt vollends zu destabilisieren drohte. Beachtlich ist der Preisverfall vor allem, weil die Regierung ihn diesmal nicht bewusst

betreibt, wie mehrfach in der Vergangenheit, sondern gerade eine Belebung des Immobilienmarkts anstrebt. Im September 2015 berichtete das Wall Street Journal über massive Erleichterungen bei der Kreditvergabe seitens der chinesischen Regierung, die damit den "leidenden Immobilienmarkt" stützen und unter anderem den Käufern von "Zweithäusern" die Kreditaufnahme - zwecks Spekulation erleichtern wolle. In der Volksrepublik hat übrigens bereits eine Art Finanztransfer eingesetzt - raus

aus dem schwächelnden Häusermarkt und rein in die Aktienmärkte, die trotz konjunktureller Verlangsamung einen Boom erleben. So hat etwa der Shanghai Composite Index zwischen November 2014 und Juni 2015 um rund 100 Prozent auf mehr als 5000 Zähler zugelegt. Solche Blasentransfers sind auch aus der Aufstiegsphase der US-Defizitkonjunktur bekannt, als die geplatzte Dot-Com-Blase nahtlos in die Immobilienspekulation überging. In China lief der Blasentransfer nur in die umgekehrte Richtung ab: von der Immobilien- zur Aktienblase.

Die sich zuspitzende Spekulationsdynamik bringt eine zentrale Fehlentwicklung der stürmischen Modernisierung Chinas erneut zum Vorschein, die eigentlich schon seit zwei Dekaden besteht: Das chinesische Wachstum ist nicht selbsttragend. Bis zum heutigen Tag ist es der Führung in Peking nicht gelungen, den Konsum der gesamten Bevölkerung verteilungspolitisch in ausreichendem Maße zu beleben, um die Binnennachfrage zum wichtigsten Träger des Wirtschaftswachstums zu machen. Trotz gradueller Fortschritte (2013 wuchs der Binnenhandel um 13,1 Prozent) sind die Folgen der Exportausrichtung noch nicht einmal ansatzweise behoben. Denn der Anteil des Konsums am chinesischen BIP sank von gut 50 Prozent in den frühen 90er Jahren auf nur noch 35 Prozent 2011. Das bedeutet letztlich, dass die allgemeine Reallohnentwicklung nicht mit dem Wachstum mithielt.

Globale Konkurrenz

Warum aber scheint eine rasche Belebung der Binnennachfrage, eine rasche Anhebung des Konsumniveaus in China, kaum machbar? Wiederum hat dies nichts mit dem



o: Fritz Hofmanı



bösen Willen oder der Unfähigkeit der chinesischen Funktionseliten zu tun. Dies hängt mit der inneren Schranke des Kapitals zusammen, die durch permanent fortschreitende konkurrenzvermittelte Produktivitätssteigerungen errichtet wird.

Um die Frage an einem Beispiel zu beantworten: Im südostasiatischen Kambodscha wurden Anfang 2014 Streiks und Proteste von TextilarbeiterInnen vom Militär zusammengeschossen. Viele der gegen die landesüblichen Hungerlöhne von 80 US-Dollar demonstrierenden ArbeiterInnen waren für chinesische TextilunternehmerInnen tätig. die ihre Produktionsstätten nach Kambodscha verlagert hatten, da die kambodschanischen ArbeiterInnen nur rund ein Drittel der Löhne ihrer chinesischen KollegInnen erhalten. Das steigende Lohnniveau in China führt angesichts der Globalisierung der Produktionsketten und des global erreichten Produktivitätsniveaus tendenziell zur Betriebsverlagerung oder Automatisierung. Somit kann das Millionenheer chinesischer IndustriearbeiterInnen nur bei Hunger- oder Niedriglöhnen international konkurrenzfähig produzieren.

Die Grundannahme des Fordismus, wonach die ArbeiterInnen zu den KonsumentInnen ihrer eigenen Waren würden, ist angesichts des global erreichten Produktivitätsniveaus längst hinfällig. Bereits jetzt sind viele der in China tätigen Exportunternehmen – etwa der IT-Gigant Foxconn – dabei, ihre Standorte wegen der steigenden Löhne in die unterentwickelten chinesischen Westprovinzen oder gleich ins billigere Ausland zu verlagern. Terry Gou, Chef des wegen seiner gnadenlosen Arbeitsbedingungen berüchtigten Auftragsfertigers Foxconn, kündigte bereits Anfang 2014 an, eine große Smartphone-

Fabrik in Indonesien errichten zu wollen und hauptsächlich mit Industrierobotern auszustatten. Dies sollte nach dem Willen des Konzernchefs nur ein erster Schritt in Richtung einer umfassenden Automatisierungsoffensive sein. "Wir haben eine Million Arbeiter", tönte Gou auf einer Investorenkonferenz Ende 2013, "in der Zukunft werden wir eine Million Roboter haben." Kurz darauf ist eine Kooperation zwischen dem Internetgiganten Google – der vor kurzem die Roboterfirma Boston Dynamics übernommen hat - und Foxconn bekanntgeworden, die die rasche Durchsetzung dieser Automatisierung ermöglichen soll. Im Januar 2015 kündigte das taiwanesische Unternehmen folgerichtig an, erste "Einschnitte bei der Belegschaft" vornehmen zu wollen, wie die Nachrichtenagentur Reuters meldete.

Nur bei Hungerlöhnen können die ArbeiterInnen Chinas noch gegen die immer besser und billiger werdenden Roboter "konkurrieren". Eine nachfrageorientierte Ausrichtung der chinesischen Volkswirtschaft nach dem Vorbild der westlichen Konsumgesellschaften der fünfziger oder sechziger Jahre – in deren Folge Chinas ArbeiterInnen genügend verdienen würden, um die selbst produzierten Waren auch zu konsumieren – scheitert letztlich absurderweise an dem hohen Produktivitätsniveau, das die globalisierte Weltwirtschaft inzwischen erreicht hat.

Verzögerter Kollaps der nachholenden Entwicklung

Das kreditbefeuerte Wachstum in China hat dieser Werkstatt der Welt über einen Zeitraum von rund neun Jahren weiter hohe Wachstumsraten ermöglicht, obwohl die Bedeutung der Exportüberschüsse in diesen Jahren bereits sukzessive zurückgegangen ist und das hohe globale Produktivitätsniveau eine deutliche Anhebung der Binnennachfrage unmöglich gemacht hat. Es lief bis jetzt noch ganz gut für die Volksrepublik. Doch entscheidend für die künftige Entwicklung ist nicht der schuldengetriebene Aufstieg, sondern der Fall, der auf jede Blasenbildung folgt. Die Entwicklung in China ist Teil der globalen Schuldenökonomie, in der das spätkapitalistische System verfangen ist. Und der chinesischen Schuldenblase geht nun langsam die Luft aus, da das Verhältnis zwischen Kreditaufnahme und Wirtschaftswachstum sich zusehends verschlechtert.

Dabei ist das mittels der Verschuldungsexzesse angefachte Wirtschaftswachstum für das staatskapitalistische China tatsächlich überlebenswichtig. Nur mit Hilfe einer starken Wachstumsdynamik können die sozialen Verwerfungen in China überbrückt werden: Es geht um die Aufrechterhaltung einer friedlichen Koexistenz von Hunderten von Millionen verelendeter LandbewohnerInnen und WanderarbeiterInnen mit einer um ihren neu errungenen Lebensstandard besorgten Mittelklasse und einer Staatsoligarchie mit politisch gut vernetzten Milliardären. Der halsbrecherische kapitalistische Modernisierungskurs der chinesischen Führung gleicht dem Versuch, der kapitalistischen Wachstumsdynamik Zügel anzulegen. Erlahmt aber die Dynamik der kapitalistischen Modernisierung, droht diese nicht nur an ihren inneren und systemischen, sondern auch an ihren sozialen Widersprüchen zu scheitern.

Es ist aber keineswegs zwangsläufig, dass die Blase in China demnächst platzen muss, da Peking dank eines zu großen Teilen unter Staatskontrolle gehaltenen (offiziellen) Bankensektors schnell intervenieren und bei Bedarf Krisentendenzen mit Milliardeninfusionen überbrücken kann. Als etwa Mitte März 2015 die chinesische Immobiliengruppe Evergrande Real Estate Group unter einem Schuldenberg von umgerechnet 20 Milliarden US-Dollar zusammenzubrechen drohte, erhielt sie umgehend Notkredite in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar, die einen unkontrollierten Zusammenbruch, der sich zu einer Marktpanik hätte ausweiten können, erfolgreich verhinderte. Peking hat bislang in allen ähnlich gelagerten Fällen eben auf diese Weise reagiert: mit Geldspritzen, mit einem Mittel also, das Blasen aufpumpt. Die Folgen: große Kurssprünge der Aktien der betreffenden Unternehmen bei der Ankündigung der jeweiligen Bailouts.

Dieser Zusammenhang zeigt die Ausweglosigkeit der chinesischen Wirtschafts- und Geldpolitik, die zu einer Geisel der Verschuldungsdynamik geworden ist. Der Staat kann nur noch versuchen, die mit dem Platzen der Blase einhergehende Panik hinauszuzögern – um den Preis einer weiteren Aufblähung der Blase. Und bislang ging es noch gut aus, obwohl die Aufwendungen zur Stabilisierung dieser immer weiter in die Höhe getriebenen chinesischen Schuldentürme immer größer werden.

Als Mitte 2015 die heiß gelaufenen Märkte in der Volksrepublik auf breiter Front einbrachen, weitete Peking seine Interventionen in der Finanzsphäre massiv aus. Die chinesische Regierung mobilisiere Mitte Juli 2015 umgerechnet 440 Milliarden Euro, um die wochenlange Talfahrt auf den Aktienmärkten zu stoppen, die sich ab Anfang Juli zu einer ausgewachsenen Panik steigerte. Zwischen Mitte Juni und Mitte Juli sind die wichtigen Aktienindizes in Shenzhen und Shanghai um mehr als ein Drittel eingebrochen. Diese gigantische Intervention wurde angesichts der sich zuspitzenden Lage notwendig, da zuvor kleiner dimensionierte Stützungsmaßnahmen - wie die 73 Milliarden Euro umfassenden Liquiditätsspritzen der chinesischen Zentralbank Anfang Juli - keinerlei Wirkung zeitigten.

Die umfassenden staatlichen Interventionsmöglichkeiten versetzten somit die chinesische Führung in die Lage, Finanzinstitutionen dazu zu bewegen, viele kreditfinanzierte Spekulationswetten mittels weiterer Kreditvergabe vor dem Platzen zu bewahren. Zudem wurden staatliche Institutionen und Unternehmen dazu genötigt, massiv Aktien zu kaufen. Und schließlich reagierte Peking mit Verboten und direkten staatlichen Interventionen auf die drohende Kernschmelze. Auf dem Höhepunkt der Marktpanik wurde der Handel mit Aktien von mehr als 1200 Unternehmen schlicht ausgesetzt. Die eingefrorenen Aktien hätten einen nominalen Wert von umgerechnet 2,2 Billionen US-Dollar, was rund 33 Prozent der Marktkapitalisierung in China entspräche, bemerkte die Nachrichtenagentur Bloomberg. Um den totalen Crash zu verhindern, wurde zudem Großanlegern, die mehr als fünf Prozent der Aktien eines Unternehmens hielten, schlicht der Verkauf ihrer Anteile bis auf Weiteres untersagt. Schließlich ging Peking zu einer massiven Jagd auf ,bösartige Spekulanten' über, die für die fallenden Kurse verantwortlich gemacht wurden. Die chinesische Polizei verhaftete medienwirksam Finanzmarktakteure, die mittels Leerverkäufen auf fallende Kurse gewettet haben, um hierdurch Nachahmer abzuschrecken. Das Newsportal Zerohedge berichtete unter Berufung auf die Financial Times zudem davon, dass chinesische Autoritäten mitunter bemüht seien, eine Art "Bannfluch" über den drohenden Kollaps des Aktienmarktes zu verhängen: "Ein chinesischer Journalist, der nicht genannt werden wollte, sagte, die Regierung hat die Verwendung der Bezeichnungen 'Aktiendesaster' und 'Marktrettung' in den Berichten über den Aktienmarkt verboten."

Und tatsächlich schienen diese rabiaten Maßnahmen zumindest mittelfristig erfolgreich zu sein. Chinas Staatskapitalisten erwiesen sich wieder mal als die 'besseren' Kapitalisten, da sie im Gegensatz zu ihrer neoliberalen Konkurrenz in Washington - wo ein George W. Bush die Pleite von Lehman Brothers in Kauf nahm, um die idealisierten freien Marktkräfte walten zu lassen - von keinen ideologischen Dogmen bei der Krisenpolitik beeinträchtigt werden. Dennoch bietet der krisenbedingt ins Extrem getriebene chinesische Staatskapitalismus, der nun einem staatlich koordinierten Finanzblasenkapitalismus ähnelt, nur die Illusion einer umfassenden staatlichen Kontrolle einer kapitalistischen Gesellschaft. Der volle Durchbruch der Krisendynamik kann durch rigide staatliche Interventionen hinausgezögert werden, doch der Preis für diese Interventionspolitik besteht in der sukzessiven Akkumulation des Krisenpotenzials.

Irgendwann erschöpft sich diese Verzögerungstaktik. Die eingangs erwähnten, rasch abschmelzenden Devisenreserven der Volksrepublik sind gerade Ausdruck dieser krisenbedingten Selbstwiderspruchs kapitalistischer Krisenpolitik, die eigentlich Konjunkturprogramme und Sparpakete zugleich auflegen müsste. Die toxische Kombination aus erlahmender Konjunkturdynamik und sich beschleunigender Verschuldungsspirale, die dem Immobilien- wie Aktienboom Chinas zugrunde liegen, kann nicht bis ins Unendliche prolongiert werden. Die Volksrepublik wird somit die USA nicht als neuer Hegemon beerben können – einfach weil die Werkstatt der Welt Teil des kapitalistischen Weltsystems ist und von denselben Krisenprozessen erfasst wurde wie die USA auch.

Tomasz Konicz, freier Journalist und Autor, erläutert in seinem Buch "Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft" (2016) nicht nur die Entwicklungen in China, sondern fragt generell nach dem Charakter und den Verlaufsformen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus.

Siehe hierzu etwa: "Chinas Devisenreserven schrumpfen", dw.com, 07.02.2017 Link: http://www.dw.com/de/chinas-devisenreserven-schrumpfen/a-37443143



-oto: Fritz Hofmann



Indischer Tigerritt

TOMASZ KONICZ

Ende Mai 2017 machten sich Deutschlands Wirtschaftsmacher mal wieder Hoffnungen auf neue, expandierende Märkte. Indiens Ministerpräsident Narendra Modi weilte auf Einladung der Bundeskanzlerin in Berlin, um die Möglichkeiten einer Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen beiden Ländern auszuloten. In Reaktion auf den dumpfen Protektionismus und Wirtschaftsnationalismus eines Donald Trump bemühte sich das politische Personal des "Exportweltmeisters' schlicht darum, neue Absatzmärkte für die deutsche Exportindustrie zu erschließen. Merkel war vor allem darauf erpicht, möglichst schnell ein Freihandelsabkommen mit Indien abzuschließen.

Seit 2013, als Indien einen heftigen Konjunktureinbruch verkraften musste, liegen die 2007 aufgenommenen Verhandlungen über ein europäisch-indisches Freihandelsabkommen auf Eis, resümierte das Manager Magazin auf seiner Internetpräsenz.1 Doch nun hofft man in Berlin, die Gespräche möglichst schnell wieder in Gang zu bringen, da ja der Freihandel bekanntlich nur Gewinner kenne. Das berüchtigte Münchener Ifo-Institut - Hort des neoliberalen deutschen Wirtschaftsnationalismus - lieferte anlässlich der Berlinvisite Modis ein entsprechendes Gefälligkeitsgutachten, dem zufolge Deutschland beim Abschluss eines ,echten Freihandelsabkommens' mit einem deutlichen jährlichen Wachstumsschub von 4,6 Milliarden Euro rechnen könne, was in etwa 0,15 Prozent des deutschen BIP entspräche. Indiens Wirtschaftswachstum könnte langfristig gar um durchschnittlich 1,3 Prozent höher ausfallen, wenn nur alle Handelsschranken mit der EU fielen, meinte das Ifo-Institut in der 'Studie', die für die nicht minder berüchtigte Bertelsmann-Stiftung fabriziert wurde.

Insbesondere die deutschen "Hersteller von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Ausrüstung" würden von dem Wegfall der indischen Handelsbeschränkungen – die unter anderem Zölle von bis zu 100 Prozent auf Importwagen verhängen - profitieren, meldete die FAZ.² Milliardenschwere Investitionen in "Zukunftstechnologien", rapportierte Spiegel-Online,³ seien bei dem Berliner Treffen beschlossen worden. Indien sei als eines der am "schnellsten wachsenden Schwellenländer" ein Zukunftsmarkt, der in diesem Jahr ein Wachstum des BIP von 7,4 Prozent erwarte, freute sich heute.de.⁴ Die Zeit wiederum gab auf ihrer Internetpräsenz Einschätzungen von Ökonomen wieder, denen Zufolge "das Land Mitte des Jahrhunderts die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt nach China und den USA" sein werde.

Indes ging bei diesem zwanghaft wirkenden Optimismus im deutschen Blätterwald, mit dem die Angst vor dem Wegbrechen der amerikanischen Märkte überspielt wurde, jedwedes Gespür für die prekäre Lage des mit krasser Massenarmut geschlagenen ,Wirtschaftswunderlandes' verloren. Eine erste Ahnung von dem halsbrecherischen Ritt auf dem Rücken einer entfesselten und blindwütigen Kapitaldynamik, den die indischen Funktionseliten in dem Schwellenland absolvieren, kommt bereits bei der Lektüre echter bürgerlicher Wirtschaftsblätter auf, die noch nicht gänzlich zu bloßen wirtschaftspolitischen Propagandainstrumenten verkommen sind.

Indiens Wirtschaftswachstum habe im ersten Quartal 2017 "scharf abgebremst", betitelte die Financial Times einen Ende Mai 2017 publizierten Artikel, der die zunehmenden inneren Widersprüche der nachholenden kapitalistischen Modernisierung des Subkontinents zumindest andeutete.⁵ Demnach sei Indiens Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Monaten dieses Jahres 'nur' um 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gewachsten, während es in dem vorangehenden Vierteljahr noch sieben Prozent waren. Im Fiskaljahr 2015/2016, das in Indien immer im März endet, näherte sich die indische Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von acht Prozent sogar noch den alten chinesischen Verhältnissen.

Dabei ist angesichts der neoliberalen Deregulierung Indiens in den vergangenen Jahren - mitsamt den daraus resultierenden, verheerenden sozialen Folgen - ein schnelles Wachstum schlicht sozialpolitisch notwendig, um die politische Stabilität des Systems nicht zu gefährden. Hierin gleicht Indien dem chinesischen Modell, das ja ebenfalls politische Stabilität nur durch hohe Wachstumsraten erkaufen kann. Die Länder der Semiperipherie des Weltsystems müssen in einem halsbrecherischen Tempo wachsen, da sie sonst von den zunehmenden inneren Widersprüchen der Spätkapitalismus zerrissen werden. Seit seinem gesamtgesellschaftlichen Durchbruch in der frühen Neuzeit wird das Kapitalverhältnis von einem unauflösbaren Widerspruch, von einem historischen Prozess zunehmender Widerspruchsentfaltung in immer neue Expansionsschübe getrieben, bei dem es sich seiner eigenen Substanz, der wertbildenden Arbeit, entledigt - und letztendlich an die innere Schranke seiner Entwicklungsfähigkeit stößt.

Die Unmöglichkeit ,nachholender Entwicklung'

Dieser ,prozessierende Widerspruch' (Marx) kapitalistischer Warenproduktion, der nur durch , Wachstum', durch fortlaufende Expansion, aufrechterhalten werden kann, äußert sich im Fall der Länder der Semiperipherie in einem halsbrecherischen Wachstumszwang, der dem Ritt auf dem Rücken des Tigers der entfesselten, blindwütigen Verwertungsdynamik gleicht. Bei einer Verlangsamung droht ein politischer Crash, in Form von sozialen Unruhen, Aufständen oder gar Staatszerfall, während zugleich die Wachstumsdynamik letztendlich kreditfinanziert ist - und folglich auch in den sog. Schwellenländern die Gefahr des Platzens von Spekulations- oder Schuldenblasen ansteigt. Ein Wachstum von nur 6,1 Prozent reiche beispielsweise nicht aus, um Narendra Modis Wahlversprechen zu erfüllen, bemerkte die Financial Times, der vor drei Jahren an die Macht kam, um "Indiens Ökonomie zu beleben und Millionen von Jobs für junge Menschen zu schaffen". Es sei bei diesem Wachstumsniveau nicht möglich, die Arbeitsplätze zu kreieren, die "Indien braucht", erklärte ein Finanzanalyst gegenüber der Financial Times, hierzu sei ein Wachstum von mindestens sieben Prozent notwendig.⁶

Dabei sei der BIP-Anstieg von 6,1 vor allem durch eine kräftige Expansion der Staatsausgaben ermöglicht worden, die in dem besagten Zeitraum um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal anstiegen. Ohne diese extreme staatliche Konjunkturspritze wäre die Wirtschaft Indiens nur um 4,1 Prozent gewachsen, warnte ein Finanzanalyst gegenüber der Financial Times: "Die realen Daten zu Arbeitsplätzen, Bankkrediten, Nachfrage, Kreditausfällen im Banksystem - all diese Zahlen deuten auf eine Ökonomie, die sich in der Falle eines langsamen Wachstums befindet." Überdies gebe es berichtigte Zweifel an der Stimmigkeit vieler ökonomischer Kerndaten der indischen Regierung, meldete die Financial Times, da auf dem Subkontinent – ähnlich wie in China – Tendenzen zur Verschönerung der Wirtschaftsstatistik um sich griffen.

Der konjunkturelle Einbruch ist einerseits Folge der 'radikalen Bargeldreform', die Modi Ende November 2016 über Nacht einleitete, um der endemischen Schattenwirtschaft und Korruption im Land Herr zu werden. Ein Großteil der Bargeldbestände wurde für ungültig erklärt, um die wohlhabenden Bargeldbesitzer zum Umtausch und zur Registrierung größerer Bargeldsummen zu nötigen. Das hierdurch ausgelöste Chaos hat somit deutliche Bremsspuren in Indiens Kon-

junktur hinterlassen. Der Reform lag das irrige Kalkül zugrunde, dass die Schattenwirtschaft einen konjunkturellen Bremsklotz darstelle, der beseitigt werden müsse. In Realität verhält es sich damit so ähnlich wie mit dem berüchtigten chinesischen Schattenbanksektor, der völlig unreguliert Kredite vergibt – und als instabiler Konjunkturmotor fungiert. Gerade die 'illegalen' Nischen des Systems tragen in der Krise zur Verlängerung seiner Agonie bei.

Dabei wird der prekäre Charakter der indischen "nachholenden Modernisierung", die bei weitem nicht die Dynamik derjenigen Chinas erreichte, bei einem Blick in die jüngste Wirtschaftsgeschichte deutlich. Die Wechselfälle der globalen Krisenentfaltung – die zwischen schockartigen Einbrüchen und abermaliger Blasenbildung pendelt – schlugen weitaus stärker auf die indische Konjunktur durch als auf diejenige Chinas, das ja mittels gigantischer Konjunkturprogramme die Wirtschaft stützen und eine gigantische Verschuldungsdynamik auf den Immobilienund Aktienmärkten initiieren konnte.

Der indische Zwangsoptimismus, der nicht nur bei der eingangs erwähnten Berlinvisite Modis geübt wurde, kann die Gespenster dieser jüngsten Vergangenheit nicht verjagen, die mit den Zusammenbruch der Immobilienblasen in den USA und Westeuropa entfesselt wurden.

Als die Immobilienblasen in den USA und Europa zu platzen begannen, die Weltwirtschaft zum Sturzflug ansetzte und die Finanzmärkte nach der Pleite von Lehman Brothers in Schockstarre übergingen, tat die Politik SOUND COLOR OF THE COLOR OF THE

oto: Dominic Kloos

das – systemimmanent – einzig Richtige. Die Regierungen der meisten kapitalistischen Kernländer legten massive Konjunkturprogramme auf, die 2009 laut dem Kieler Institut für Weltwirtschaft 4,7 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung umfassten,⁷ und die Notenbanken gingen zu einer historisch einmaligen expansiven Geldpolitik über, bei der Nullzinspolitik mit massiver Gelddruckerei (,Quantitative Lockerung') gekoppelt wurde.

Und diese Strategie war tatsächlich – bislang - ,erfolgreich', da sie die Kernschmelze des Weltfinanzsystems und den 2009 drohenden Absturz der Weltwirtschaft in die Depression verhindern konnte. Doch geschah dies um den Preis einer abermaligen Blasenbildung, die gerade durch die konjunktur- und geldpolitischen Maßnahmen der Politik befördert wurde. Die massiven Konjunkturprogramme - insbesondere in China - und die beständigen Liquiditätsspritzen für das schwindsüchtige Weltfinanzsystem - insbesondere in den USA - ließen eine neue Spekulationsdynamik entstehen, deren Triebmotor gerade die in die Märkte gepumpte Liquidität darstellt.

Die Funktionseliten des Kapitals konnten das unkontrollierbare Spekulationsfeuer an den Finanzmärkten nur mit Benzin löschen – indem sie abermals einen regelrechten Finanzblasentransfer ermöglichten, bei dem die drohenden desaströsen Folgen einer geplatzten Spekulationsblase durch eine erneute Blasenbildung abgefedert wurden. Die Politik trat somit eine "Flucht nach vorn" an, um den drohenden wirtschaftlichen Absturz durch die Herausbildung einer gigantischen Liquiditätsblase abzufangen. Diese



oto: Dominic Kloos

wirtschaftspolitische Verzögerungstaktik lässt aber die inneren Widersprüche des Spätkapitalismus immer weiter zuspitzen, sodass der unausweichliche Aufprall um so härter ausfallen wird. Verfangen in dieser globalen Liquiditätsblase, gleicht das spätkapitalistische Weltsystem einem monetären Junkie, der regelrecht abhängig ist von immer neuen Geldspritzen der Notenbanken, mit denen die Blasenbildung in der Finanzsphäre befeuert wird.

Sei dem Krisenausbruch 2008 hat insbesondere die US-Geldpolitik die Versorgung des Weltfinanzsystems mit immer neuer Liquidität zu ihrer Maxime gemacht, was – neben der lang anhaltenden Nullzinspolitik – zu der größten Gelddruckaktion in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems führte. Die US-Notenbank Fed kaufte zwischen November 2008 und Oktober 2014 Finanzmarktpapiere im "Wert" von knapp vier Billionen Dollar (das sind 4 000 Milliarden US-Dollar, die in das Finanzsystem gepumpt wurden!) auf,⁸ wodurch das System tatsächlich kurzfristig stabilisiert werden konnte.

Der durch die Geldschwemme der Notenbanken ausgelöste Boom der Aktienmärkte in den Zentren des Weltsystems resultierte somit auch aus einem Mangel an sonstigen renditeträchtigen Investitionsmöglichkeiten, da die reale Waren produzierende Wirtschaft in den Kernländern weiterhin ein sehr niedriges Investitionsniveau aufweist. Im Gefolge der Nullzinspolitik in den Zentren ging dieses anlagesuchende Kapital somit dorthin, wo die Renditeerwartungen höher waren: in die Schwellenländer, die nach 2008 ihren kurzen schuldenfinanzierten Boom erlebten, eine sogenannte Defizitkonjunktur. Die Funktionseliten des Kapitals konnten das unkontrollierbare Spekulationsfeuer an den Finanzmärkten abermals nur mit Benzin löschen indem sie einen regelrechten Finanzblasentransfer ermöglichten, bei dem die drohenden desaströsen Folgen einer geplatzten Spekulationsblase (Immobilienblasen) durch eine erneute Blasenbildung in den Schwellenländern abgefedert werden.

Die gigantische Gelddruckerei der US-Notenbank, die zur Überwindung der Folgen der geplatzten Immobilienblase initiiert wurde, hatte somit erst den (kreditfinanzierten!) Boom in den Schwellenländern ermöglicht – die ja eine Zeit lang von der bürgerlichen Wirtschaftspresse in fast schon beeindruckender Ignoranz als künftige ,Lokomotive der Weltwirtschaft' gefeiert wurden. Ab Mitte 2013 brachen die Defizitkonjunkturen

in der Semiperipherie reihenweise zusammen, nachdem die US-Notenbank ihre Zinswende ankündigte und die Gelddruckerei sukzessive einstellte.

Den letzten größeren konjunkturellen Einbruch musste Indien folglich 2012/2013 verkraften, als dieser schuldenfinanzierte Boom in vielen Schwellenländern sich seinem Ende zuneigte. So verzeichnete der 1,2-Milliarden-EinwohnerInnen-Staat im Fiskaljahr 2012/13 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von fünf Prozent die niedrigste Wachstumsrate seit zehn Jahren. Zwei Jahre zuvor auf dem Höhepunkt der globalen Liquiditätsschwemme, war das BIP um neun Prozent nach oben geschnellt. Der Währungsverfall - die Rupie hatte 2013 rund 39 Prozent gegenüber dem Dollar eingebüßt – hat für die von externen Finanzzuflüssen stark abhängige Volkswirtschaft vor allem wegen der enormen Handels- und Leistungsbilanzdefizite schwerwiegende Folgen. Im vergangenen Haushaltsjahr 2012/13 verzeichnete Indien zugleich einen historischen Negativrekord – das Haushaltsminus erreichte 4,8 Prozent des indischen BIP. Im Jahr zuvor waren es 4,2 Prozent. Die schwache Rupie erschwert nicht nur den mit dem Leistungsbilanzdefizit einhergehenden Schuldendienst, sondern verteuert auch die Importe. Das Handelsbilanzdefizit (die Einfuhren liegen wertmäßig über den Ausfuhren) belief sich im angegebenen Zeitraum auf umgerechnet 190 Milliarden US-Dollar. Das ist ebenfalls ein Rekord, der größtenteils durch Nachfrageeinbrüche im rezessionsgeplagten Europa und den USA befördert wurde.9

Schuldenberge und soziale Auswirkungen

Dabei war für die meisten Menschen, die nicht zu der gerade einmal ein Viertel der Gesamtbevölkerung umfassenden "Mittelklasse" gehören, schon der "Aufschwung" im zunehmend neoliberal deregulierten Indien der reinste Alptraum. Rund 900 Millionen InderInnen leiden auf dem seit Jahren wirtschaftlich "boomenden" Subkontinent immer noch unter Mangelernährung. Jeder fünfte Erwachsene und jedes zweite Kind haben nicht genug zu essen, um ihren Bedarf an Kalorien und Nährstoffen zu decken.

In den ersten zwei Dekaden nach der neoliberalen "Öffnung" des Subkontinents 1991 sind mehr als 40 Millionen Kinder in Indien an den Folgen von Hunger und Unterernährung umgekommen. 10 2011, als Indiens Wirtschaft auf dem Höhepunkt seiner Defizitkonjunktur war, verhungerten dort 1,7 Millionen Kinder.11 Und diese Zahlen haben sich kaum gebessert, wie ein 2015 publizierter Armutsbericht der Vereinten Nationen offenlegte: In den Jahren 2014 und 2015 litten auf dem Subkontinent rund 194 Millionen Menschen Hunger, womit Indien den weltweit größten Bevölkerungsanteil hungernder Menschen aufwies. 2015 litten 795 Millionen Insassen der hochglobalisierten spätkapitalistischen One World Hunger.12

Diese krasse, buchstäblich lebensbedrohliche Armut ist besonders stark in den abgehängten ländlichen Regionen Indiens beheimatet – hier von "Unterentwicklung" zu sprechen, käme einem Euphemismus gleich.



Laut Zahlen der Weltbank vegetierten im Jahr 2016 rund 270 Millionen InderInnen unter der offiziellen Armutsgrenze, was einer Armutsquote von 20 Prozent entsprach.¹³ Dabei lebten rund 80 Prozent dieser Armen auf dem Land, wo sie kaum Möglichkeiten haben, einem 'geregelten' Lohnerwerb nachzugehen.

Zahlen, die im Rahmen einer umfassenden statistischen Untersuchung ermittelt wurden. zeichneten ein dramatisches Bild der sozialen Lage in den peripheren Regionen des ,Boomlandes' Indien.14 Nur zehn Prozent der ländlichen Armen Indiens gingen demnach einer Lohnarbeit nach, wobei nur rund die Hälfte dieser Lohnabhängigen in der Lage war, von ihren Einkünften auch ihre Steuern zu bezahlen, Jenseits der boomenden Städte mit ihrer. aufstrebenden Mittelklasse fehlt es selbst an den elementaren Grundlagen für Lohnarbeit im 21. Jahrhundert: Rund 35 Prozent der ländlichen Armen können weder Lesen noch Schreiben, hinzu kommen noch weitere 25 Prozent funktionaler Analphabeten. Nur 3,5 Prozent der SchülerInnen aus dieser ländlichen Lazarusschicht besuchen eine Universität. Im heißen indischen Klima gelten essenzielle Haushaltsgeräte unter den ländlichen Armen Indiens als Luxusgüter: Gerade mal 11 Prozent dieser Armen sind in der Lage, ihre Nahrungsmittel durch einen Kühlschrank lagerfähig zu halten.

Dabei gilt allein schon die amtliche statistische Definition der Armut als ein Akt politischer Propaganda, mit der die jeweiligen Regierungen ihre sozialpolitische Bilanz aufzuhübschen versuchen. Unterschiedliche Schätzungen und Berechnungsmethoden gehen von reellen Armutsquoten von bis zu 30 Prozent aus, unter die bis zu 370 Millionen InderInnen fielen. Und es sind gerade diese Ärmsten der Armen, die nur mittels prekärer oder saisonaler Arbeiten noch mit dem 'Arbeitsmarkt' in Boomperioden in Kontakt kommen, die zuerst von konjunkturellen Schwächephasen hart getroffen werden, wie etwa derjenigen 2013.

Wie aber konnte Indien diese konjunkturelle Schwächephase nach 2014 überwinden und abermals zu dem "am schnellsten wachsenden Schwellenland" aufsteigen, dass Deutschlands Wirtschaftsblätter so bejubelten?

"Die Geier kreisen schon über Indien." So leitete die New York Times (NYT) Ende Mai ihren Bericht über eine umfassende Reform des indischen Insolvenzrechts ein, mit dem nun 'Finanzinvestoren' verstärkt auf den indischen Finanzmarkt gelockt werden sollen, die sich auf das Aufkaufen fauler Kredite spezialisierten. Jahrelang haben vor allem die Großen der Branche den indischen Markt und seine Schuldtitel gescheut, da auf dem Subkontinent ein lasches, von "bürokratischen Labyrinthen" durchzogenes Insolvenzrecht herrschte. Doch dies solle sich nun ändern: "Die neuen Insolvenzgesetze haben nun Zähne, was endlich den indischen Kreditmarkt auch für ausländische Investoren interessant macht", schwärmte ein Finanzinvestor gegenüber der NYT.

Dabei wächst der entsprechende Markt auf dem Subkontinent beständig. Indische Banken hielten - selbst den offiziellen Zahlen zufolge - faule Kredite im Umfang von 105 Milliarden Euro in ihren Bilanzen, die nun das Interesse der globalen 'Inkasso-Branche' weckten. Dabei seien auch prominente Fälle, so die NYT, wie derjenige des indischen Bier- und Flugzeugtycoons Vijay Mallya, dessen Firmenkonglomerat unter einem bislang kaum eintreibbaren Schuldenberg im Umfang von 1,3 Milliarden US-Dollar begraben ist. Laut der neuen Gesetzgebung soll nun ein Bankrott – der bislang über Jahre verschleppt werden konnte - binnen 180 Tagen abgewickelt werden. Sollte die neue Gesetzgebung tatsächlich konsequent gehandhabt werden, würde dies die indischen Kapitalmärkte noch weiter beflügeln, die den "Raketentreibstoff" für die aufsteigende indische Ökonomie lieferten, schwärmte ein Analyst gegenüber der NYT.

Doch was tun mit den Verbrennungsprodukten dieses ökonomischen Aufstiegs, um die nun die Geier der globalen Inkasso-Branche zu kreisen beginnen? Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg sind die Ausmaße des indischen Schuldberges weitaus höher als in den offiziellen Statistiken eingeräumt. ¹⁶ Die indische Ökonomie wachse schneller als in vielen anderen Schwellenländern, doch sei dieses Wachstum bedroht durch den "Berg an faulen Krediten", den der Banksektor des Subkontinents in seinen Bilanzen hält.

Bloomberg verwies auf eine entsprechende Studie der Unternehmensberatung McKinsey, die die kaum noch eintreibbaren Außenstände auf den indischen Subkontinent auf die Summe von umgerechnet 191 Milliarden Dollar bezifferte. Die Rückstellungen des indischen Finanzsystems für diese faulen Kredite seien absolut unzureichend, sie würden ihren Nominalwert um 93 Milliarden unterschreiten. Die Kapitalbasis der gesamten



oto: Domini

Bankbranche Indiens "könnte in Gefahr geraten", wenn die Abschreibungen weitergingen wie bisher, warnte McKinsey in der Studie. Aufgrund der zunehmenden Ausfallgefahr ist das Kreditwachstum auf den niedrigsten Wert seit 25 Jahren gefallen, was die ehrgeizigen Wachstumspläne der indischen Regierung gefährde.

Der Löwenanteil des indischen Kreditwachstums fand im Wirtschaftssektor und in der Infrastruktur statt (im Unterschied etwa zur US-Immobilienblase), was die Konjunktur zusätzlich befeuerte. Vier Industriezweige subsumieren gut 80 Prozent der faulen Kredite Indiens: Energieerzeugung, Schwerindustrie, Textilien, Bauwesen. Die Verschuldungs- und Investitionsbonanza habe nicht nur die Wirtschaft belebt, sondern auch zum Aufbau von Überkapazitäten in Indien geführt, die vor allem in der IT-Industrie und bei der Zementbranche deutlich spürbar seien. Gut 70 Prozent der faulen Kredite werden von Staatsbanken gehalten. Dies sei das "Vermächtnis des Investitionsrausches, der nach dem Ausbruch der Finanzkrise einsetzte", so Bloomberg.

Das Geheimnis des sagenumwobenen indischen Wachstums, dass die exotischen Phantasien der deutschen Exportwirtschaft samt anhängiger Journaille so beflügelt, ist folglich gelöst. Der schuldenfinanzierte Boom der vergangenen Jahre, der Indiens Wirtschaft beflügelt, muss aufrechterhalten werden, da bei einem Wirtschaftseinbruch politische Instabilität droht. Die indischen Funktionseliten müssen ihren Tigerritt fortsetzen. Deswegen tut Delhi alles, um das Platzen der Schuldenblase zu verhindern, auch wenn die Parallelen zur jüngsten Krisenperiode unübersehbar sind.

Ähnlichkeiten zwischen Indien und China

Und hier nähern sich wiederum die Krisenpolitik Indiens und Chinas an - wenn auch auf einem anderen Niveau. China pumpt massiv Geld in seinen Finanzsektor, und dabei wird der durch die dekadenlangen Handelsüberschüsse aufgebaute Devisenschatz der Volksrepublik aufgebraucht. Das Reich der Mitte ist inzwischen nicht mehr der größte Auslandsschuldner der Vereinigten Staaten, da Japan nun diese Position übernommen hat. Die in US-Dollar angelegten Währungsreserven der Volksrepublik schwinden rapide, weil die Führung der Volksrepublik bemüht ist, die überhitzten Aktien- und Wertpapiermärkte des Landes zu stabilisieren – und gegen zunehmende Kapitalabflüsse vorzugehen. Allein in der vergangenen zwei Jahre sind die Währungsreserven Chinas von rund 4 Billionen US-Dollar auf ca. 3 Billionen zusammengeschmolzen.

Auf niedrigerem Niveau – statt Billionen Dollar sind es hier Milliarden – vollzieht sich ein ähnlicher Prozess in Indien. Die indische Regierung pumpte bereits 930 Milliarden Rupien (ca. 14,4 Milliarden Dollar) in den staatlichen Bankensektor, erläuterte Bloom-

berg unter Bezugnahme auf die McKinsey-Studie, bis Anfang 2019 sollen weitere 750 Milliarden Rupien Folgen. Doch dies sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Eigentlich bräuchte es – laut Schätzungen der Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. – zur Rekapitalisierung der Kreditgeber eine Finanzspritze von rund 5,8 Billionen Rupien.

Woher das Geld nehmen? Vielleicht hätte Ministerpräsident Narendra Modi in Berlin beim berüchtigten Finanzminister des Exportweltmeisters Deutschland nachfragen sollen

- ¹ "Freihandel zwischen EU und Indien bietet Chancen für Deutschland", 29.05.2017, manager-magazin.de
- ² "Das würde ein Handelsabkommen mit Indien uns bringen", 29.05.2017, faz.net
- ³ "Deutschland und Indien stecken Milliarden in Zukunftstechnologien", 30.05.2017, spiegel.de
- ⁴, Wirtschaft pocht auf Reformen in Indien", 29.05.2017, heute.de
- ⁵ "India's economic growth slowed sharply in first quarter", 31.05.2017, ft.com

- ⁶"India's economic growth slowed sharply in first quarter", ft.com, 31.05.2017
- ⁷Konjunktur für den Klimaschutz? Klima- und Wachstumswirkungen weltweiter Konjunkturprogramme, Pressemitteilung des IfW vom 01. April 2009
- ⁸The Fed Has Not Stopped Trying to Stimulate the Economy, nytimes.com, 29.10.2014
- 9Alle Zahlen aus: India's economic growth at slowest rate in a decade, bbc.co.uk, 31.05.2013; India's Middle Class: Growth Engine or Loose Wheel?, nytimes.com, 13.05.2013; Indian Rupee Falls to Record Low, nytimes.com, 06.06.2013
- ¹⁰"Die Zahlen erschrecken", zeit.de, 25.07.2013
- ¹¹.India's Poor Starve as Politicians Steal Their Food, bloomberg.com, 06.09.2012
- ¹²,,194 Million People Starved for Food in India in 2014-2015, Maximum in the World According to UN Report", ndtv.com, 28.05.2015
- ¹³"India's Poverty Profile", worldbank.org, 27.05.2016
- ¹⁴"India census exposes extent of poverty", cnn.com, 03.08.2015
- ¹⁵India's Bad Debt Is Looking Better to Investors, nytimes.com 29.05.2017
- ¹⁶ "Why India's Zombie Debt Imperils Modi's Plans", 30.05.2017, bloomberg.com.

θεολογία · Theologie · בותשלו · Τeologia · היגולואת · Богослів'я · เทวจิทยา

Jesu Wunden.

Predigt zu Joh 20, 19-31 (3. April 2016) PAUL FREIALDENHOVEN

Viele von uns erinnern sich daran, wie unser Evangelium immer wieder als eine Art Beweis für die Auferstehung herhalten musste. Jesu Wunden sind dabei die Rolle eines empirischen Beweises zugedacht. Dann reduziert sich der Text auf die Aussage wie: "Jesus ist auferstanden". Und auch wir werden auferstehen. Wer meint, so verstehen zu müssen, dem bleibt der Text verschlossen.

Jesu Wunden sind kein empirischer Beweis für das Leben nach dem Tod. Sie stehen für das, was die Identität Jesu ausmacht. Sie sind sein Erkennungszeichen, denn sie zeigen, wer er ist und wofür er steht. In ihnen spiegelt sich seine Leidenschaft für das Leben. Die Leidenschaft für das Leben schafft Leiden. Denn diese Leidenschaft stößt auf Widerstand, auf das, was Paulus "Herrschaft

der Sünde" nennt. In unserer Welt zeigt sie sich darin, dass wirtschaftliches Weiterkommen immer mehr zur Hauptsache wird und der Mensch zur Nebensache. Wer in dieser Welt leidenschaftlich das Leben liebt, zieht sich Wunden zu. Wer leidenschaftlich das Leben liebt, wird am Leid der anderen leiden; am Leid derer, die arm gemacht, missachtet und misshandelt werden. Wer leidenschaftlich das Leben liebt, wird für das Leben und gegen den vorzeitigen Tod von Menschen aufstehen und kämpfen. Solche Passion, solche Leidenschaft für das Leben verbindet uns mit Jesus und seinen Wunden. Deswegen sind wir auf seinen Tod getauft.

Auch in seiner Auferstehung bleibt Jesus der Gekreuzigte. Er ist kein anderer geworden, schon gar nicht ein triumphaler Sieger, der mit der Leidensgeschichte der Menschheit nichts mehr zu tun hätte. Auch als Auferstandener ist Jesus an seinen Wunden zu erkennen. Und so gehört er auch als der Auferstandene zu den Verwundeten. "Wer im Osterjubel nicht mehr den Schrei des Gekreuzigten hört, verkündet nicht den christlichen Osterglauben, sondern einen Siegermythos", schärft uns der Theologe Johann Baptist Metz ein. Die Hoffnung auf Auferweckung verbindet sich mit dem Schrei nach Rettung, mit dem Schrei nach Gott. Sie führt zurück zu den Wunden und an die Seite der Verwundeten. Sie sieht diejenigen, deren Leid unsichtbar gemacht werden soll, damit die Glitzerwelten nicht gestört werden.

"Wie mich der Vater gesandt hat, so sende ich euch." Wie der Vater Jesus gesandt hat, den Weg an der Seite der Erniedrigten zu gehen, so sendet er Jesus auch uns. Für diese Sendung schenkt er uns den Geist, die Lebenskraft Gottes, die dem Tod widersteht und die Herrschaft der Sünde durchkreuzt. Weil sich damit die Hoffnung auf Leben gegen den Tod verbindet, sind wir auf Jesu

Auferstehung getauft. Das Leben, das wir für diesen gekreuzigten Jesus bei Gott bekennen, erhoffen wir für alle Verwundeten und Gekreuzigten. Dafür stehen wir in der Kraft von Gottes Geist auf.

Dass es sich bei solchen Überlegungen nicht um Schöngeisterei handelt, wird uns schnell deutlich, wenn wir einen Zusammenhang zu unserem aktuellen Leben ziehen. Die Probleme, unter denen Menschen verschärft zu leiden haben, sind seit Jahren bekannt:

- Wachsende Armut und die mit ihr verbundenen Spaltungsverhältnisse,
- die sich rasant ausbreitenden prekären Beschäftigungsverhältnisse,
- die Krise der Systeme sozialer Sicherheit,
- die schwindenden Ressourcen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben von Bildung und Infrastruktur,
- das Elend der Flüchtlinge, das auf zerstörte Lebensgrundlagen und zerfallende staatliche Zusammenhänge aufmerksam macht,
- die immer neuen Kriege, Terrorismus.

In diesen Phänomenen der Zerstörung steckt unsägliches Leid, das Menschen zu tragen haben. Immer deutlicher wird, dass ein "Weiter so" die Katastrophendynamik weitertreibt. Diese Situation schreit nach einer Neuorientierung. Sie wäre zu gewinnen aus der Erkenntnis, dass die Krisen und die mit ihnen verbundenen Leiden der Menschen der inneren Logik des Kapitalismus entspringen, der in seinem Verwertungsprozess an seine innere logische und an seine äußeren ökologischen Grenzen stößt.

Diese Schranken sind der Grund dafür, dass Politik auf Grenzen der Finanzierbarkeit stößt; dass Menschen so unter Druck geraten, ihre Arbeitskraft unter der sich verschärfenden Konkurrenz anzubieten und dabei prekäre Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Wenn es nicht gelingt, solche Zusammenhänge zu begreifen, werden wir bei Reformen immer wieder zu kurz greifen, da wir alles nur unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und der Systemerhaltung sehen, und der Mensch mit seinen Sorgen dabei über die Wupper geht.

Unser Text aus dem Johannesevangelium erinnert daran, dass allein Gott die Haupt-

sache ist. Dieser Gott hat sich mit dem gekreuzigten Jesus verbunden. Er lenkt den Blick auf die Menschen, vor allem auf die, die leiden. Unser Evangelium macht deutlich: der Gott, auf den wir hoffen, ist mit den Gekreuzigten im Bund. Mit dem Rücken zu den vielen Leidensgeschichten der Menschheit können wir von diesem Gott nicht sprechen

Nicht vor den Herren der Welt, sondern vor dem von seinen Wunden gezeichneten Gekreuzigten fällt Thomas auf die Knie und bekennt: "Mein Herr und mein Gott." Die Herrlichkeit Gottes zeigt sich in jenem Auferstandenen, in seiner Passion, in seinen Wunden.

Wie die JüngerInnen damals will uns die Kraft des Geistes Gottes stärken, in der Hoffnung auf die Auferweckung des gekreuzigten Jesus und aller Gekreuzigten; aufzustehen für das Leben, gegen Unrecht und Gewalt, gegen Folter, die Menschen erleiden. Das stärkt in uns die Hoffnung auf die neue Welt Gottes, auf die Gemeinschaft aller Menschen, versammelt um den einen Tisch mit Brot und Wein im Reich Gottes.

IN DER REGION · VERANSTALTUNGEN IN DER REGION · VERANSTAL

September

20.9., 19h, Koblenz

La buena vida – Das gute Leben

Filmvorführung und anschließende Diskussion mit Werner Huffer-Kilian (BUND Koblenz), Achim Trautmann (BUND Koblenz), Nico Beckert (Haus Wasserburg) und Dominic Kloos (Ökumenisches Netz): über Kohleverstromung, den Einfluss und die Verantwortung der Kommunen bei ihrem Strombezug sowie darüber, ob das 'Gute Leben' tatsächlich durch den Kohletagebau zerstört wurde und was diese zerstörerischen Phänomene mit der zunehmenden Krise des Kapitalismus zu tun haben. Veranstalter: BUND Koblenz, Haus Wasserburg, Kath. Hochschulgemeinde Koblenz, Ökumenisches Netz R-M-S. Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenisches-netz.de/termine

21./22.9., Saarwellingen

Kunst trifft Krise

21.9. 18h, Bilderausstellung von Mario Andruet mit Klanginstallationen von Daniel Osorio/Musikandes: Ungerechtigkeit, Unfrieden, Zerstörung der Schöpfung

19-21h, Vortrag: Kapitalismuskritik, aber wie? Einführung in die Wert-Abspaltungs-Kritik. Referent: Herbert Böttcher, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

22.9.: 18h, Bilderausstellung von Mario Andruet und geflüchteten Künstlern aus Syrien mit Klanginstallationen von Daniel Osorio/Musikandes:

Ungerechtigkeit, Unfrieden, Zerstörung der Schöpfung, Flucht

Krisengeräusche: Anstößiges zu Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung – Lieder, Videos, Fotos und Kurzvorträge Rohstoffe, Umweltzerstörung, Staatszusammenbrüche, Flucht (Dominic Kloos)

100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg – Kriege, Rüstungsexporte und (Atom-)Waffen heute (Albert Ottenbreit)

20h, Konzert: Musik und Bilder für eine befreite Welt

Musik von Daniel Osorio, Kulturprojekt Musikandes – Bilder von Mario Andruet und Künstlern aus Syrien.

Veranstalter: Atelier Andruet, Musikandes, Ökumenisches Netz, GMÖ Saar. In Kooperation mit: FriedensNetz Saar, Attac Untere Saar, Pax Christi Saar, KEB Saar-Hochwald.

Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenisches-netz.de/termine

IN DER REGION · VERANSTALTUNGEN IN DER REGION · VERANSTAL

Oktober

13.-15.10., Mainz,

Exit-Seminar

Infos Weitere unter http://exitonline.org/text.php?tabelle=termine, im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenisches-netz.de/termine

17.10., 19.30h, Koblenz, Sozialforum (Christuskirche/Hintereingang v. Werth-Str.)

Land als Spekulationsobjekt. Eine Kritik der Landnahme-Praxis im krisengebeutelten Brasilien

Referent: Dr. Fábio Pitta, Post-Doktorant an der Universität São Paulo und wissenschaftlicher Mitarbeiter der NGO ,Rede Social de Justiça e Direitos Humanos'. Veranstalter dieses Sozialforums: Kath. Hochschulgemeinde Koblenz, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, pax christi Kommission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit, , pax christi Gruppe Koblenz.

Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter

http://oekumenisches-netz.de/termine

20.10., 16-19.30h, Landeszentrale für politische Bildung (Am Kronberger Hof 6), Mainz

Land als Spekulationsobjekt und Landnahme als ewige Wiederkehr der gleichen kapitalistischen Privatisierungs- und Wachstumswut

Eine Kritik der Landgrabbing-Praxis in Brasilien und der Erklärungsversuche der kapitalistischen Krise durch Landnahme-Theorien. ReferentInnen: Roswitha Scholz, Dr. Fábio Teixeira Pitta.

Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter

http://oekumenisches-netz.de/termine

27.10., 17-21.30h, Pfarrzentrum Hl. Kreuz (Hirtenwies 6), Saarbrücken

Mit Luther, Marx und Papst gegen den Kapitalismus

Ein Beitrag zur Radikalisierung des Reformationsjubiläums 1517-2017. Vortrag, Podium, vertiefende Workshops und Plenumsdiskussion. Referent: Prof. Dr. Ulrich Duchrow. Ergänzung des Philosophisch-theologischen Podium-Quartetts: Herbert Böttcher (Ökumenisches Netz R-M-S), Thomas Hagenhofer (DKP Saarland), Ingo Schrooten (Ökumenisches Netz R-M-S).

Veranstalter: Ev. Akademie im Saarland, Fachkonferenz Soziales des Dekanats Saarbrücken, Ökumenisches Netz, pax christi Saar.

Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenischesnetz.de/termine

28./29.10., Polch, Gemeindezentrum (Uhlandstraße 9):

28.10.: Grupo Sal und Alberto Acosta 29.10.: Gottesdienst und Gespräch über Buen Vivir

Veranstalter: Ev. Kirchengemeinde Münstermaifeld, Ökumenisches Netz R-M-S u.a. Weitere Infos in Kürze im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenisches-netz.de/termine

November

24./25.11., Koblenz, KHG (Löhrrondell 1a), Netz- und Mitgliederversammlung:

24.11., 18.30h: 25-jähriges Jubiläum: Ein Abend mit gutem Tropfen und einer Reflexion über die Entwicklungen der Netz-Inhal-

25.11., 10-16h: Netz- und Mitgliederversammlung: Handlungsfetischismus – oder: In welchem Zusammenhang steht die Suche nach Alternativen? Morgens Vortrag und inhaltliche Diskussion, nachmittags Mitgliederversammlung.

Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenischesnetz.de/termine

26.11., St. Franziskus/Goldgrube, Koblenz

Gedenkfeier für gestorbene Suchtkranke und anonym beerdigte

Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenischesnetz.de/termine

28.11., 19.30h, Koblenz (Christuskirche/ Hintereingang v. Werth-Str.), Sozialforum

Querfront allerorten!

Die "Neueste Rechte", die "Neueste Linke" und die Eliminierung gesellschaftskritischer

Referent: Daniel Späth (Philosoph und Publizist der Gruppe Exit!). Veranstalter: Kath. Hochschulgemeinde Koblenz, Ökumenisches Netz. Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter

http://oekumenisches-netz.de/termine

Dezember

7.12., St. Johannes, Koblenz-Metternich

Adventsvesper

Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter

http://oekumenisches-netz.de/termine

12.12., 19.30h, Koblenz, Sozialforum (Christuskirche/Hintereingang v.Werth-Str.)

Die neu-gegründete Hochschul-Gewerkschaft unter bau

Referent: Matthias Huffer. Weitere Infos im Netz-Büro (Kontakt Seite 12) oder unter http://oekumenisches-netz.de/termine

Impressum:

Netz-Telegramm August 2017

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Dominic Kloos, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes.

Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.

Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz Tel.: 0261 – 29681691

e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,

Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse von Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 August 2017

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Die Bilder stammen von zwei Begegnungs- und Informationsreisen nach China (2012, AK Fujian) und Indien (2015, Kampagne für Saubere Kleidung), an denen das Ökumenische Netz beteiligt war.

URLs für die Creative-Commons-Lizenzen: http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Die Termine der verschiedenen Arbeitskreise, in denen das Netz aktiv ist, können jederzeit im Netzbüro angefragt werden (AK Gesellschaftskritik, AK Theologische Orientierung, Exit, Runder Tisch GFS, pax christi Gruppe Koblenz, Marx-Lesekreis an Hochschulen – allesamt in Koblenz – sowie Kunst trifft Krise in Saarwellingen und 'Lehrhaus' in Saarbrücken), s. Impressum S. 12.